Pressemitteilung

Bremen, 10.11.2026

Der Mieterverein „Mieter helfen Mietern Bremen e.V.“ ruft zur Teilnahme an der Demonstration anlässlich des Generalstreiks in Spanien auf. Zum 11.11.26 um 18 Uhr am Ulrichsplatz rufen verschiedene wohnungspolitische Gruppen zu einer Solidaritäts-demontration mit der spanischen Mietendenbewegung auf. „Mieter helfen Mietern Bremen e.V.“ unterstützt den Aufruf, der sich in eine Reihe weiterer wohnungspolitischer Proteste in Bremen und Bundesweit einreiht.

Die Proteste in Spanien, ausgelöst durch die Zwangsräumung der 87-jährigen Maricarmen Abascal ist zu einem bestimmenden Thema in der spanischen Politik geworden. Die größten Gewerkschaftsverbände Comisiones Obreras (CCOO) und Unión General de Trabajadoras y Trabajadores (UGT) rufen zur Unterstützung der Mietenden am 11.11. zum Generalstreik auf. Organisiert werden die Proteste in den größten Städten in Spanien, wie z.B. in Madrid, Valencia, Bilbao und Barcelona durch „Mieter:innengewerkschaften“, mit teilweise vielen tausend Mitgliedern.

Der Verein „Mieter helfen Mietern Bremen e.V.“ unterstützt seine Mitglieder, die sich in den wohnungspolitischen Protesten engagieren. Die Solidaritätsdemonstration am 11.11. – organisiert durch das „Bremer Bündnis Zwangsräumung verhindern“ – reiht sich ein in eine Reihe weiterer wohnungspolitischer Proteste in Bremen und Bundesweit. Von den Protesten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen geplante Sozialkürzungen, über die Demonstration des sog. Bremer Mietenbündnisses am vergangenen Samstag (7.11.) bis hin zu den „Gen-Z regelt“-Protesten – die Belastungen auf dem Wohnungsmarkt werden zunehmend zum Gegenstand sozialpolitischer Proteste. Durch die Abschaffung der sogenannten Wohnlagenzuschüsse im Bereich der Grundsicherung in Bremen und durch die geplanten Kürzungen des Wohngeldes droht sich die Situation einkommensschwacher Haushalte weiter zu verschlechtern.

„Das die Politik angesichts stagnierender Löhne und steigender Mieten an den sozialen Leistungen rund ums Wohnen kürzen will, ist für Mieterinnen und Mietern mit niedrigem Einkommen nicht hinnehmbar.“ so Jonas Rebsteck, Vorstand des Vereins Mieter helfen Mietern Bremen e.V. „Es ist legitim, dass neben den sozial- und mietrechtlichen Möglichkeiten auch weitere Formen der Interessendurchsetzung gesucht werden. Mietende können sich auf den Schutz des Grundgesetz berufen, wenn sie ihre Interessen kollektiv verteidigen."

Kontakt:
Mieter helfen Mietern Bremen e.V.
Doventorsteinweg 41
0421 16 53 789
vorstand@mhm-bremen.de
https://www.mhm-bremen.de/